

Pulsnitzer Wochenblatt

Sernsprecher: Nr. 18.

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend.

Mit „Illustr. Sonntagsblatt“, „Landwirtschaftlicher Beilage“ und „für Haus und Herd“.

Abonnement: Monatlich 45 Pf., vierteljährlich Mk. 1.25 bei freier Zustellung ins Haus, durch die Post bezogen Mk. 1.41.

Amts-



Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz

Inserate für denselben Tag sind bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. Die fünf mal gespaltene Zeile oder deren Raum 12 Pf., Lokalpreis 10 Pf. Reklame 25 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Zeitraubender und tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Erfüllungsort ist Pulsnitz.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz,
Druck und Verlag von **E. L. Sörfter's Erben** (Inh.: **J. W. Mohr**).

umfassend die Ortschaften: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Vollung, Großröhrsdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- u. Niederlichtenau, Friedersdorf-Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Expedition: **Pulsnitz**, Bismarckplatz Nr. 265.

Verantwortlicher Redakteur: **J. W. Mohr** in **Pulsnitz**.

Nr. 128

Dienstag, den 26. Oktober 1909.

61. Jahrgang.

Auf Seite 43 des hiesigen Güterrechtsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Eheleute Wirtschaftsgehilfe **Max Erwin Tübel** und **Anna Martha**, geb. Birnstein in Pulsnitz durch Vertrag vom 16. Oktober 1909 die Vermögen und Nutznießung des Mannes am Vermögen seiner Frau ausgeschlossen haben.
Pulsnitz, am 22. Oktober 1909.
Königliches Amtsgericht.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden
Freitag und Sonnabend, den 29. und 30. Oktober 1909
bei der unterzeichneten Behörde nur dringliche Geschäfte erledigt.
Pulsnitz, am 25. Oktober 1909.
Königliches Amtsgericht.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers und Schuhwarenhandlers **Martin Robert Ziegenbalg** in **Großröhrsdorf** wird, nachdem der Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt ist, zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses Gläubigerversammlung auf
den 3. November 1909, vormittags 10 Uhr
anberaumt.
Die Gebühr des Konkursverwalters ist auf 300 Mt., seine Vorklage auf 128 Mt. 30 Pfg. festgesetzt worden.
Pulsnitz, am 25. Oktober 1909.
Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung, Landtagswahl betr.

Bei der Ermittlung des Ergebnisses der Wahl eines Abgeordneten für die II. Kammer der Ständeverammlung im 3. städtischen Wahlkreise ist festgestellt worden daß von 11567 abgegebenen gültigen Stimmen

Herr Kaufmann Georg Knobloch in Radeberg	4884	Stimmen,
Herr Lagerhalter Ernst Braune in Radeberg	3358	" und
Herr Rechtsanwalt Dr. Johannes Hippe in Dresden	3293	"

erhalten haben, die übrigen Stimmen waren zersplittert.

Da hiernach auf keinen Kandidaten mehr als die Hälfte aller im Wahlkreise abgegebenen gültigen Stimmen entfallen ist, hat zwischen Herrn Kaufmann **Georg Knobloch** in Radeberg und Herrn Lagerhalter **Ernst Braune** in Radeberg eine engere Wahl stattzufinden. Als Termin für die engere Wahl wird

Dienstag, der 2. November 1909

festgesetzt und ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle auf andere Kandidaten als die Herren Knobloch und Braune fallende Stimmen ungültig sind.

Die Wahllisten, Wahllokale, Wahlzeiten, Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter bleiben unverändert, soweit nicht eine Ersetzung der letzteren und eine Verlegung der Wahllokale oder eine Veränderung der Wahlzeiten nach Ermessen der zur Bestimmung berufenen Behörden geboten erscheint.

Bei der engeren Wahl sind dieselben Wählerlisten anzuwenden, die bei der ersten Wahlhandlung. Eine wiederholte Auslegung und Berichtigung der Listen findet nicht statt.

Pulsnitz, am 25. Oktober 1909.

Der Wahlkommissar für den 3. städtischen Landtagswahlkreis

Bürgermeister **Dr. Michael**.

Arbeitsnachweis. Gesucht werden:

1 Knecht für Landwirtschaft zu Tenjahr 1910 (Lohn nach Uebereinkunft) von M. Pampel, Rittergutspächter, Rittergut Hemmersdorf
1 Arbeiterfamilie für Landwirtschaft für sofort oder oder später (Stellung dauernd) von Rittergut Straßgräbchen i. Sa.

Das Wichtigste.

Gleich dem Konservativen Landesverein im Königreich Sachsen fordern der Landesvorstand der Mittelstandsvereinigung und der Vorstand des national-liberalen Landesvereins ihre Parteifreunde auf, bei den Landtags-Stichwahlen die bürgerlichen Kandidaten zu unterstützen.

Der Bierkrieg in Leipzig wurde gestern beendet. Die Gastwirte und Brauereien beschloßen, den Preis pro Hektoliter Lagerbier auf 20,50 M festzusetzen.

Ein Familiendrama ereignete sich gestern in Leipzig-Lindenau. Ein sittlich verkommener Vater erschöß seine erwachsene Tochter und dann sich selbst.

Zum Staatssekretär des Reichsjustizamts wurde der Präsident des Kammergerichts **Dr. Visco** ernannt.

Der Ballon „Berlin“, der Sonntag in der Reichshauptstadt aufgestiegen war, überflog die Ostsee und landete am selben Tage auf Deland.

Wie verlautet, beabsichtigt die Streikleitung im Revier der Mansfelder Kupferschiefer bauenden Gewerkschaft heute den Generalstreik zu proklamieren.

In Tirol ist starker Schneefall eingetreten, in der Nordsee herrscht heftiger Südweststurm.

Kaiser Nikolaus von Rußland ist in Racconigi eingetroffen und vom italienischen Königspaar herzlich empfangen worden.

Eine von der italienisch-offiziösen „Agenzia Stefani“ verbreitete Meldung besagt, der Besuch des Zaren in Italien sei mehr als ein Höflichkeitsakt und als Fortsetzung der Entrevues von Cherbourg und Cowes anzusehen.

Die bulgarische Regierung vereinbarte mit dem Credit

Mobilier in Paris eine 4 1/2 prozentige Anleihe von 100 Millionen Franken.

In Saragossa platzte vor dem Gebäude der Hauptkassette eine Bombe, ohne jedoch jemand zu verletzen oder sonst Schaden anzurichten. Ein Bruchstück der Bombe trug die Worte: „Für Ferrer!“

Die Pforte hat der griechischen Regierung mitteilen lassen, daß sie die Zulassung kreislicher Abgeordneter zum griechischen Parlament als Kriegsgrund betrachten würde.

Die Deutsche Hochschule für Chinesen ist in Tsingtau feierlich eröffnet worden.

Was ist zu tun?

Nach der Befriedigung des Neugierts-Bedürfnisses des ersten Tages nach der Wahl gewinnt man einen ruhigeren Blick auf das Ergebnis. Es ist ein überraschend klägliches. Bekanntlich standen die Bestrebungen auf Wenderung des 1896er Wahlrechts unter dem ständigen Signum: daß die Zweite Kammer vor einer Ueberflutung durch die Sozialdemokratie geschützt werden müsse. Das war die Haupttriebkraft für Regierung und Volksvertretung bei allen ihren Vorlagen. Der Landtag vor 1896 hatte 15 sozialdemokratische Abgeordnete gezählt, und einzig und allein die damals an einigen Stellen empfundene Notwendigkeit, das mehr und mehr in Obstruktion übergehende Verhalten dieser fünfzehn zu brechen und den Landtag vor Lahmlegung seiner Arbeitsfähigkeit zu bewahren, drängte dazu, das alte 68er direkte Wahlrecht durch das indirekte Dreiklassenwahlrecht von 1896 abzulösen. Heute haben wir nun glücklich ein direktes Vierklassenwahlrecht!

Ueber das Vergangene ist nicht zu rechten und nur mit dem Gegenwärtigen zu rechnen. Die Probe aufs Exempel ist gemacht. Den Erfolg hatte sich niemand ge-

träumt, auch die Sozialdemokratie nicht. Vorsichtig-Schätzer hatten mit 20 oder auch höchstens 25 soziale demokratische Mandaten gerechnet. Heute steht aber so gut wie fest, daß die Sozialdemokratie eine Drittel-Partei im neuen Landtage sein wird. Von den 53 Stichwahlen, an denen sie beteiligt ist, wird sie ganz wahrscheinlich so viele gewinnen, daß an der Drittel-Partei nicht mehr viel fehlt. Wer möchte die Gewähr dafür übernehmen, daß diese Mehrheit nach 6 Jahren nicht noch größer wird, besonders bei der in dieser verhältnismäßig langen Zeit von jener Seite nun geschickt und planmäßig betriebenen Agitation für die Beseitigung des jetzt geltenden und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ohne jede Kautelen auch für den Landtag.

Das jetzige Wahlrecht ist erwiesenermaßen hauptsächlich aus der Erwägung heraus entstanden, den arbeitenden Klassen im Gegensatz zum 96er Wahlrecht die Wiederbeteiligung an der parlamentarischen Arbeit zu ermöglichen. An die Möglichkeit einer Art Majorisierung durch die sozialdemokratischen Vertreter dieser Volkskreise hat kein Mensch geglaubt. Heute wissen wir, daß dies ein Irrtum war.

Es liegt uns fern, die Ursachen des Wahlausfalls da oder dort zu suchen. An Gift ist genug verspritzt worden, hüben wie drüben. Auch die leidige Reichsfinanzreform hat weidlich herhalten müssen. Das ist immer so gewesen in Wahlzeiten, wenn auch mit anderen Unzufriedenheits-Episteln. Mag die Schärfe der Bekämpfung im bürgerlichen Lager zwischen Konservativ und Liberal diesmal auch größer gewesen sein, wie sonst (ein andermal gibts neuen Explosivstoff und neue Granatenwerfer). Hier müssen alle, die dieses neue Gesetz gemacht und mitgemacht haben, einsehen, daß doch ein Fehler begangen worden ist. Ob und wie er gut zu machen ist, wer könnte das heute schon sagen? Das Faktum ist da! Eins aber ist nützlich an ihm: die Ernüchterung und der Ruck zur Selbstbesinnung, die es vielen bringt, die verblendet genug

